

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Land übernimmt Verantwortung: Stopp der Vollstreckung verfassungswidriger Kanalanschlussbeiträge

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Runderlass herauszugeben, welcher mindestens folgende Punkte zu beinhalten hat:

Die Abwasserzweckverbände bzw. Kommunen, die Kanalanschlussbeiträge nach Ablauf der regulären 4-jährigen Verjährungsfrist erhoben haben, werden angewiesen,

1. die Vollstreckung nicht gezahlter Beiträge sofort auszusetzen,
2. die etwaig laufende Bearbeitung von Widersprüchen unter strenger Beachtung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 (1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14) und des Urteils des OVG Berlin-Brandenburg vom 11.02.2016 (OVG9 B 1.16, OVG9 B 43.15) und der dortigen Entscheidungsgründe vorzunehmen,
3. die Öffentlichkeit des jeweiligen Verbandsgebietes bzw. der jeweiligen Kommune in geeigneter Weise über die Möglichkeit der Rücknahme rechtswidriger Beitragsbescheide zu informieren.

Begründung:

Durch Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 und vertiefende Erörterung im Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 11.02.2016 ist deutlich geworden, dass die Erhebung und Beitreibung sog. Altanschließerbeiträge, aber auch die Nachveranlagung sog. Neuanschließer auf verfassungswidriger Grundlage erfolgt ist. Dabei ist zu beachten, dass die Erhebung dieser Beiträge nicht etwa erst durch diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts rechtswidrig geworden ist. Die Erhebung der Beiträge ist rechtswidrig, wenn sie gegen höherrangiges Recht verstößt. Sie hat gegen höherrangiges, sogar höchstrangiges Recht - nämlich das Grundgesetz - verstoßen und war somit von Anfang an rechtswidrig, weil verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgericht hat deswegen festgestellt, dass die Erhebung der Beiträge rechtswidrig (weil verfassungswidrig) war. Das Gericht hat die Rechtslage nicht geändert, sondern hat festgestellt, dass die Erhebung von Anfang an rechtswidrig gewesen ist.

Datum des Eingangs: 23.02.2016 / Ausgegeben: 23.02.2016

Daran ändert auch der Umstand nichts, dass es bestimmte Formulierungen im Brandenburger KAG gegeben hat bzw. gibt. Denn ein Bescheid ist nur rechtmäßig, wenn er gegen keinerlei höherrangiges Recht verstößt. Dies war hier aber - von Anfang an - der Fall. Das Negieren dieser rechtsstaatlichen Prinzipien - etwa indem man sich auf den Standpunkt stellte, dass man doch „bis Dezember 2015 rechtmäßig gehandelt“ habe - stellt eine grobe Verletzung des Prinzips der Bindung an Recht und Gesetz dar.

Deswegen muss es politisches und rechtliches Interesse des Landesgesetzgebers sein, die Beitreibung von auf verfassungswidriger Grundlage erhobenen Beiträgen zu stoppen. Es ist mit einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und der auf ihm fußenden Erwartungshaltung der Bürgerschaft in krassem Maße unvereinbar, wenn Beitragsbescheide vollstreckt werden, deren Verfassungswidrigkeit laut Beschlussbegründung des Bundesverfassungsgericht „offensichtlich“ gegeben ist. Dies wird noch verschärft, wenn man bedenkt, dass teilweise sogar noch nach Veröffentlichung des BVerfG-Beschlusses wissentlich verfassungswidrige Bescheide versendet worden sind.

Das Vertrauen der Brandenburger Bevölkerung in eine echte Abgabengerechtigkeit wäre erschüttert, wenn das Land sich hier nicht in der Verantwortung sehen würde. Die Ausführungen des Innenministers, wonach das Land nicht in der Verantwortung sei, weil die Fehler bei den Kommunen begangen worden seien und diese doch auf die Erhebung der Altanschließerbeiträge hätten verzichten können (MOZ, 12.02.2016), sind nicht nur politisch unerträglich, sondern auch in der Sache falsch.

Grundlage für die ursprünglich bis 31.12.2015 für möglich gehaltenen Beiträge waren unstreitig landesgesetzgeberische Maßnahmen. Des Weiteren sei auf die maßgebenden Rundschreiben des Ministeriums des Innern in dieser Sache verwiesen. So wurden etwa erst durch Rundschreiben des Ministeriums des Innern vom 26.01.2016 zwei Rundschreiben aus den Jahren 2009 bzw. 2011 aufgehoben. Bei einer derart eindeutigen Faktenlage auf die Kommunen zu verweisen, ist nicht hinnehmbar.

Um Rechtsfrieden wiederherzustellen und insbesondere die Gleichbehandlung der Beitragszahler sicherzustellen, muss die obere Kommunalaufsichtsbehörde nun durch entsprechende administrative Maßnahmen tätig werden.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe